Junge Welt
05.01.2020

Ankaras nächster Krieg

Türkisches Parlament stimmt für Truppenentsendung nach Libyen

REUTERS/Stringer

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Ismet Yilmaz (AKP) spricht am Donnerstag im türkischen Parlament in Ankara

Das türkische Parlament hat grünes Licht für eine mögliche Militärintervention in Libyen gegeben. Eine Mehrheit von 325 Abgeordneten billigte am Donnerstag in Ankara ein Mandat, das es Präsident Recep Tayyip Erdogan ein Jahr lang erlaubt, türkische Soldaten nach Libyen zu schicken. 184 Parlamentarier stimmten dagegen. Erdogan will damit die international anerkannte Regierung unter Ministerpräsident Fajis Al-Sarradsch in Tripolis stützen. Die liefert sich einen Machtkampf mit dem einflussreichen Warlord Khalifa Haftar.

Der Präsident ist nun berechtigt, über »Grenze, Ausmaß, Menge und den Zeitpunkt« der Entsendung zu entscheiden, »um militärische Operationen und Interventionen durchzuführen, falls nötig«. Wann Erdogan die Erlaubnis in Anspruch nehmen wird, war zunächst unklar. Eine Zustimmung war erwartet worden, da Erdogans islamisch-konservative AKP in der Regierungsallianz mit der faschistischen MHP im Parlament eine Mehrheit hat.

Ein Großteil der Opposition kritisierte das Vorhaben. Der stellvertretende Parteivorsitzende der größten Oppositionspartei CHP, Ünal Ceviköz, sagte im Parlament, es handele sich um ein »unsinniges und gefährliches Abenteuer«.

Erdogan hatte vergangene Woche gesagt, Al-Sarradsch habe um eine Entsendung von Truppen gebeten, man könne ihn so wirksamer unterstützen. In der nun erteilten Erlaubnis heißt es zur Begründung eines möglichen Einsatzes unter anderem, die sich verschlechternde Lage in Libyen bedrohe auch die Interessen der Türkei im Mittelmeerraum und Nordafrika.

Al-Sarradsch und der türkische Präsident hatten schon im November zwei Abkommen unterschrieben: Eines zur militärischen Zusammenarbeit, das unter anderem eine Entsendung von Ausbildern vorsieht. Mit einer zweiten Vereinbarung legten die Türkei und Libyen Seegrenzen im Mittelmeer fest, ohne das Einverständnis anderer Anrainerstaaten einzuholen.

Die Regierung in Tripolis wird von der Türkei, Katar und Italien unterstützt, der Warlord Haftar von Russland, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Kommenden Mittwoch wird der russische Präsident Wladimir Putin zu einem Besuch in der Türkei erwartet. Voraussichtlich wird dabei neben dem Krieg in Syrien auch die Lage in Libyen Thema sein. (dpa/jW)